



Bezahlbarer Wohnraum ist in Zürich knapp: Trotzdem dürfte die Wohnbauinitiative im Kantonsrat am bürgerlichen Widerstand klar scheitern.

KEYSTONE

Klares Signal des Kantonsrates: Wohnbauinitiative ohne Chance

Kantonsrat «Unnötig, marktverzerrend, ins Eigentum eingreifend»: so qualifizierten Parteien die Wohnbauinitiative. Chancen hat nur der Gegenvorschlag, der die Förderung von günstigen Wohnungen den Gemeinden überlässt.

VON PATRICK GUT

Die Volksinitiative «Bezahlbar wohnen im Kanton Zürich» dürfte im Kantonsrat chancenlos sein. Das zeigte sich gestern im Rahmen der Eintretensdebatte. Abgesehen von SP und Grünen machte sich niemand für die Initiative des Verbandes Wohnbaugenossenschaften Zürich stark. Der Gegenvorschlag der Regierung, der von der Kommission für Planung und Bau (KPB) angepasst wurde, dürfte in der Schlussabstimmung in einem Monat hingegen eine Mehrheit erzielen.

Die Initiative will, dass der Kanton den gemeinnützigen Wohnbau stärker

fördert. Dies soll unter anderem mit einem Fonds geschehen, den der Kanton aufnet und während zehn Jahren mit jährlich rund 45 Millionen Franken speist. Aus dem Fonds werden Darlehen und Abschreibungsbeiträge für den Bau günstiger Wohnungen gesprochen.

Fonds auf Gemeindeebene

Gemeinden soll es erlaubt sein, auf kommunaler Stufe ähnliche Fonds einzurichten. Zumikon und Wädenswil hatten das in der Vergangenheit vor, scheiterten aber, weil die gesetzlichen Grundlagen fehlten. Nicht zuletzt soll der Kanton seine Liegenschaften nicht mehr an den Meistbietenden verkaufen, sondern den Gemeinden ein Vorkaufsrecht einräumen. Von den Forderungen der Initiative ist im Gegenvorschlag lediglich die Möglichkeit von Fonds auf Gemeindeebene geblieben.

Zu Beginn der Debatte schilderte Peter Schmid, der Präsident des Initiativkomitees, die Vorzüge der Initiative. «Der gemeinnützige Wohnungsbau bietet Antworten auf die Wohnprobleme, die sich durch die steigende Bevölke-

rung verschärfen.» Ein Ja zum Volksbegehren werde die öffentliche Hand entlasten, weil die Zahl der Fürsorgeempfänger sinke. Schmid forderte gleichlange Spiesse für den gemeinnützigen Wohnungsbau. Immerhin werde das Wohneigentum auf Bundesebene mit 850 Millionen Franken pro Jahr gefördert.

Dem Votum von Schmid nichts abgewinnen konnte die SVP. Jakob Schneebeli (Affoltern) sagte, es handle sich um eine unnötige Ausdehnung der Wohnbauförderung, die zudem zu einer schädlichen Marktverzerrung führen würde. Mit dem modifizierten Gegenvorschlag könne die SVP «zähneknirschend leben».

«Eingriff ins Eigentum»

Carmen Walker Späh (FDP, Zürich) warnte vor dem «starken Eingriff ins Grundeigentum». Sie sagte, der Mittelstand müsste die Zeche bezahlen. Den Gegenvorschlag der KPB unterstützte auch die FDP. Thomas Wirth (GLP, Hombrechtikon) hielt fest, die Initiative schieße über das Ziel hinaus, dem Gegenvorschlag würden die Grünlibe-

ralen hingegen zustimmen. Mit dem Slogan «kommunal statt kantonal» machte sich Markus Schaaf (EVP, Zell) für den Gegenvorschlag stark. Markus Lenggenhager (BDP, Gossau) sähe bei einem Ja zur Initiative «Probleme wegen der zentralistischen Steuerung vorprogrammiert». Der Kanton könne nicht über einen Leisten geschlagen werden, sagte Josef Wiederkehr (CVP, Dietikon). Die individuellen Lösungen, des Gegenvorschlags seien vorzuziehen. Und Hans Egli (EDU, Steinmaur) meinte gar: «Wohnungsprobleme würden gar nicht existieren, wenn die Masseneinwanderungs-Initiative umgesetzt wäre.»

«Schwachtes Instrument»

Auf verlorenem Posten waren die Vertreter der SP und der Grünen. Andrew Katumba (SP, Zürich) bezeichnete die Initiative als «ideales Konjunkturförderinstrument». Martin Neukom (Grüne, Winterthur) hält den Gegenvorschlag für ein «schwaches Instrument». Trotzdem werden sich SP und Grüne sowohl für die Initiative als auch für den Gegenvorschlag aussprechen.